

Der Zertil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegramm-Adresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Abzugeben die sechspaltige Kleinzeile 75 Mar.
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27,
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5886), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Reparationspolitische Umschau. — Zum Aufbau der Jugendorganisationen innerhalb unseres Verbandes. — Die holländischen Textilmagnaten gegen den Achtstundentag. — Ein Venetecel für die kapitalistischen Kreise. — Textilarbeiter, seid einig! — Das Existenzminimum im November 1922. — Bundesausschuss für die Textilindustrie. — An die Beitragsheuen! (Gedicht). — Konferenz von organisierten in der Textilindustrie beschäftigten Frauen und Mädchen. — Weltfriedenskongress. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Winterfreund! (Gedicht). — Bekanntmachungen. — Unterhaltungssteil: Der Anfang der Not. — Fünf Mark. — Arbeit (Gedicht).

**Nicht blödes Lamm nur sollst du sein,
Der Herde folgen in den Schlamm;
Zieh in die Reihen derer ein,
Die stets mehr Wolf sind als ein Lamm.**

Reparationspolitische Umschau.

Erinnern wir uns noch der Konferenz von Cannes. Briand war französischer Ministerpräsident; es hatte den Anschein, daß unter seiner Führung die französische Politik anfangs Methoden der Verständigung und Veröhnlichkeit Deutschland gegenüber zur Anwendung zu bringen. Eine gewisse innere Übereinstimmung zwischen Lloyd George und Briand war offenbar. In Deutschland hatte man Grund, zu hoffen; ein langfristiger Zahlungsausschub und eine durchgreifende Lösung der Reparationsfrage schien in faßbarer Nähe gerückt zu sein.

Da reiste unter aufsehenerregenden Umständen Briand nach Paris; er besprach sich mit dem Präsidenten Millerand — und kehrte nicht mehr nach Cannes zurück. Seine Ministerpräsidentenschaft fand ein jähes Ende. Poincaré wurde sein Nachfolger; die Konferenz von Cannes war erledigt. Es war die Frage, ob Deutschland nunmehr die 720 Millionen Goldmark in bar und die 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen für das Jahr 1922 zahlen sollte. Poincaré begnügte sich mit dem Erfolg, die Konferenz von Cannes gesprengt zu haben; er wollte den Bogen nicht sogleich überspannen und war zu einer Zwischenlösung bereit, die Deutschland einigermaßen entgegenkam. Die 720 Goldmarkmillionen wurden samt den Sachleistungen einige Monate gestundet. Der Zahlungsausschub wurde im August schließlich noch bis zum 31. Dezember 1922 auf Grund eines Abkommens verlängert, durch welches Deutschland sich zur Hingabe deutscher Schatzwechsel an Belgien hatte verpflichten müssen.

Am 1. Januar 1923 ist Deutschland wiederum vollentschuldigungslos. Die Jahresleistung, die ihm zugemutet wird, beträgt 2 Milliarden Goldmark; zu dieser Summe tritt dann noch die Ausfuhrabgabe in der Höhe von 26 Proz.

Wie hat nun die Deutsche Regierung die Atempause, die ihr seit Cannes gewährt worden ist, ausgenützt?

Sie hat am 13. November der Reparationskommission eine Note überreicht, die allgemeine Ausführungen über die Frage der Marktstabilisierung enthielt, die aber kein wirklich durchgearbeitetes und befriedigendes Programm darbot. Auch diese Note entsprang jener passiven, tatenlosen Einstellung, die in Reparationsangelegenheiten alles von der wachsenden Einsicht des Auslandes erwartet, die Versicherungen des guten Willens gibt und auf die Revision des Friedensvertrages von Versailles hofft. Und doch läme gegenwärtig

so unendlich viel darauf an, durch brauchbare Vorschläge die ganze Welt davon zu überzeugen, daß Deutschland in der Tat gewillt ist, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Daß Deutschland in der Reparationsfrage im großen und ganzen immer nur eine abwartende Haltung einnimmt, macht es Poincaré so leicht, von Deutschlands schlechtem Willen zu reden; die deutsche Passivität läßt sich durch Uebelwollende allzuleicht als Sabotage des Friedensvertrages ausdeuten und schenkt jenen, die die Annexion des Rheinlands erstreben, den billigen Vorwand, sich durch „Pfänder“ sicherstellen zu müssen.

Dies alles geschieht gerade in einer Zeit, in der wir mehr als je das Vertrauen des Auslandes bedürfen. Ohne Vertrauen gelangen wir niemals zu einer Stabilisierung unserer Mark; daß das Ausland aufgehört hat, Deutschland Vertrauen entgegenzubringen, ist nicht eine der geringsten Ursachen des furchtbaren Zerfalls unserer Markwährung.

Gewiß, die Anforderungen des Friedensvertrages von Versailles sind für uns unerfüllbar. Diese Einsicht hat sich auch überall bereits durchgesetzt; selbst in Frankreich wird sie kaum noch bezweifelt. Man weiß, daß die Leistungen, die uns aufgetragen wurden, vielleicht hätten erfüllt werden können, wenn wir noch in Besitz unserer Kolonien, unserer Handelsflotte, unserer Auslands Guthaben und vorkriegszeitlichen Weltwirtschaftsbeziehungen wären; nach den ungeheuren Verlusten indes, die wir an Land, Gütern, Menschen, Transportmitteln und Rohstoffquellen infolge Krieg und Niederlage erlitten, übersteigen die vorgeschriebenen Reparationsverpflichtungen bei weitem unsere Kraft.

Unter diesen Umständen wäre es von entscheidender Bedeutung, daß wir ein klares und offenes Angebot dessen machen, was von uns nach Maßgabe unserer Leistungsfähigkeit erfüllt werden kann. Dieses Angebot müßte durchaus zuverlässig sein; es müßten zugleich auch die Maßnahmen in Angriff genommen werden, ohne die das Angebot nicht zu verwirklichen ist. Solche Politik würde uns Vertrauen und allseitige moralische und tatsächliche Unterstützung gewinnen; sie würde zweifellos auch der französischen Politik der Faustpänder ein Ende setzen.

Allerdings: diese aktive Reparationspolitik ist ohne gewaltige Opfer des Besitzes nicht durchzuführen. Weil der Besitz diese Opfer scheute, deshalb wehrte er sich bisher gegen die Erfüllungspolitik. Was bisher an Reparationen geleistet wurde, wurde aus den Taschen der Arbeitererschaft geleistet. Die Arbeitererschaft wurde rücksichtslos enteignet, teils durch Steuern — im Monat Oktober war z. B. an den gesamten Steuereingängen des Reiches der Lohnabzug mit 67 Proz. beteiligt —, teils durch die Geldentwertung, von der ganz im Gegensatz zu der Ansicht des Reichsfinanzministers Hermes sehr viele Leute bei uns Nutzen und Vorteil haben.

Bei der Verfassung unserer kapitalverschiebenden, steuerfreien besitzenden Kreise ist kaum zu erwarten, daß sie sich freiwillig zu den notwendigen Opfern entschließen. Sie wehren sich gegen scharfe Besitz- und Sachwertsteuern ebenso heftig, wie gegen Denkmalsordnungen und Ausfuhrabgaben. Es fragt sich, ob die Regierung den Mut und die Kraft aufbringen wird, um den Besitz zu den Opfern zu zwingen, die er freiwillig nicht geben mag. Nur tiefgreifende Opfer des Besitzes machen jene Beträge flüssig, die wir brauchen, um Reparationen, die unserer Leistungskraft angepaßt sind, zu bezahlen; nur Opfer des Besitzes geben uns jene Mittel, ohne die wir nie unseren Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen können.

Eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems stellt Anforderungen an uns und Anforderungen an unsere Gläubiger. Wir müssen — nachdem wir einmal den Krieg verloren haben — ehrliche Anstrengungen, zur Wiedergutmachung

bekunden; die Gegenseite muß diese ehrlichen Anstrengungen in verständlichem Geiste prüfen und anerkennen. Ehrliche Anstrengungen erzwingen sich durch sich selbst Achtung; zeigen sie sich, so werden sie auch jene Stimmung internationalen Vertrauens schaffen, auf deren Dasein wir so sehr angewiesen sind. An der deutschen Industrie, an den bestehenden Kreisen Deutschlands liegt es, diese ehrlichen Anstrengungen zu ermöglichen und dadurch die internationale Stellung Deutschlands zu bessern. Ohne Opfer des deutschen Besitzes kein deutsches aktives Reparationsprogramm; ohne aktives deutsches Reparationsprogramm keine Besserung und Gesundung der europäischen Verhältnisse. Die beste Sicherung gegen das Scheitern der Konferenzen auswärtiger Staatsmänner ist, wie die Dinge heute liegen, die tatbereite Bekundung des Opferwillens unseres deutschen Besitzes. Der Schwerpunkt und die Verantwortung für eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage liegt mehr als je bei den deutschen besitzenden Kreisen.

Zum Aufbau der Jugendorganisationen innerhalb unseres Verbandes.

Die Ausführungen „Neue organisatorische Aufgaben“ in Nr. 47 vom 8. Dezember 1922 des „Textilarbeiters“ haben bereits darauf hingewiesen, daß in der nächsten Zeit in allen Filialen unseres Verbandes Jugendabteilungen gegründet werden sollen. Ueber die Notwendigkeit dieser Einrichtungen braucht hier nichts mehr gesagt zu werden; sämtliche Verbände sind der Ueberzeugung, daß es ein Verhängnis für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung wäre, wenn die Jugendfrage noch weiterhin vernachlässigt würde.

Die günstigste Zeit zum Aufbau von Organisationen von der Art unserer Jugendabteilungen ist zweifellos der Winter. Es sollte mit den einleitenden und vorbereitenden Maßnahmen (Wahl der Jugendleiter bzw. Jugendleiterinnen) aus diesem Grunde nirgends mehr länger hingewartet werden.

Das Jugendsekretariat hat Richtlinien für unsere Jugendabteilungen ausgearbeitet. Damit überall die Arbeit nach Maßgabe dieser Richtlinien in Angriff genommen werden kann, werden sie nachstehend veröffentlicht. Wir bitten die Gauleiter und Ortsverwaltungen, diese Richtlinien mit Aufmerksamkeit durchzusehen und trotz der Ueberfülle an Arbeit, unter der sie leiden, im Sinne dieser Richtlinien tätig zu werden. Aber auch allen Kollegen und Kolleginnen legen wir nahe, sich mit den Richtlinien zu beschäftigen und den Aufbau der Jugendabteilungen allerorts mit Rat und Tat zu unterstützen.

Wo Jugendabteilungen bereits bestehen oder wo sie in der nächsten Zeit ins Leben treten, werden sie gebeten, sich sogleich mit dem Jugendsekretariat in Verbindung zu setzen. Das Jugendsekretariat wird auch alle Zweifel beseitigen, wo solche vorhanden sind, und sieht seine Aufgabe darin, einschlägige Anfragen unverzüglich zu beantworten.

Richtlinien für die Jugendabteilungen.

A. Mitgliedschaft und Aufgaben.

1. In den Jugendabteilungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes schließen sich dessen jugendliche männliche und weibliche Mitglieder im Alter von 14 bis 18 Jahren zusammen. Diese Jugendabteilungen sind in allen Filialen des Verbandes zu bilden.
2. Die Aufgabe der Jugendabteilungen ist, die Jugendlichen mit den Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung vertraut zu machen und sie zu tätigen Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes zu erziehen, in ihnen ferner das

Der Anfang der Not.

Wir alle stehen an unseren Stühlen und sind tief versunken in Gedanken. — Wir wissen etwas und doch wissen wir eigentlich nichts. — Man hat von ferne etwas „läuten“ hören, und doch haben wir noch keine Gewißheit, ob es wahr ist. Und man glaubt es fast von allen Gesichtern herunterlesen zu können: alle beschäftigt der eine Gedanke.

Plötzlich ist Bewegung in die Arbeiter gekommen: der eine läuft zum anderen und schreit ihm etwas ins Ohr. Der andere nickt mit dem Kopfe, als wollte er sagen: ja, ich hab's geahnt. Und wie ein Lauffeuer ist's herum: — Jemand hat einen Unschlag gemacht. — Wir arbeiten verkürzt. — Und dann stehen alle wieder an den Stühlen und fassen.

Der Anfang der Not. — Die Gedanken spinnen sich hinaus aus der Fabrik, nach Hause zu Weib, zu Kind, zu Vater und Mutter. Was werden sie sagen?

Der geringe Verdienst reicht knapp zum Leben. Und von fern reißt ein Gespenst die schwarze lange Hand in die Höhe — das Gespenst der Not. — Plötzlich hat das unheimliche Geräusch der kalten Maschinen wieder Gewalt über uns gewonnen. Wir weben weiter — für den Vampyr Kapital.

H., Hof a. d. S.

Fünf Mark.

Von Hans Siemsen.

Auf meinem Schreibtisch liegt ein Fünfmarschein. Der erzählt mir einen Roman. Eindringlicher als manches Buch.

Es ist ein ganz einfacher, normaler Fünfmarschein, wie es viele Tausende gibt, nein, wie es viele Millionen gibt: Er trägt die Nummer 3. 9 023 754. Ich habe ihn in Frankfurt a. M. am Hauptbahnhof als Wechselgeld herausbekommen, als ich ein Billett nach Bremen nahm. Er ist doppelt gefaltet, schmutzig und abgegriffen, wie eben ein Fünfmarschein aussieht. Auf seinem Rand steht mit Tinte geschrieben: „Für dich gab ich die Unschuld her. 1. 4. 20.“ Das ist alles. Aber ist das nicht ein Roman? Für fünf Mark,

für den sechzigsten Teil eines Dollars, die Unschuld verkauft. Ich sehe sehr gut das Sentimentale, das Falsche, das ein wenig Verlogene, das in diesem namenlosen Bekenntnis, in dieser zur Schau gestellten Klage liegt. Ich halte nicht einmal viel von der „Unschuld“; ich habe nicht viel Respekt davor; sie ist, wie ich glaube, dazu da, „verloren“ zu werden; und eine nicht mehr unschuldige Mutter scheint mir wertvoller als ein „unschuldig“ Mädchen. Ich glaube, daß die wirkliche, die innere Unschuld mit erotischen Erlebnissen oder gar mit einem Sexualakt herzlich wenig zu tun hat. Unschuld — das ist eine Gabe Gottes, wie die Fröhllichkeit oder die Phantasie. Man hat sie kein Leben lang — oder man hat sie nie. Ein Freudenmädchen im Bordell, ein Mörder in der Zuchthauszelle, sie können ganz gewiß „unschuldig“ sein. Ein Ehrenmann, ein unberührtes Mädchen, sie können ganz gewiß verborben sein.

In welchem elenden Hotelzimmer, in was für einer dunklen Ecke, in was für einem schmutzigen Hausflur mag sich diese für das Mädchen oder den Jungen so wichtige, so wichtig, alsbestimmende Szene abgespielt haben? Wie war der Weg dorthin? Wie wird der Weg von dort aus sein? Fünf Mark — und die Erinnerung an diese Stunde unauslöschlich ins Gedächtnis gebrannt. Denn niemand vergißt dieses erste Mal. „Für dich gab ich die Unschuld her.“

Ich werde diesen Fünfmarschein behalten. Ich werde ihn nicht ausgeben. Er spricht eine so eindringliche Sprache. Er erzählt seinen Roman so klar und kurz. Es ist ganz einfach der Roman des Geldes. Es ist der Roman, den jeder Fünfmarschein, den jedes beliebige Geldstück erzählt, wenn wir nur Ohren haben zu hören, und Augen, zu sehen. Sie tragen ihren Spruch nicht auf der Stirn geschrieben, wie mein Fünfmarschein. Aber sie erzählen trotzdem noch deutlich genug: „Mit uns wurde bezahlt,“ sagen sie. „Alles, was es auf der Welt gibt, wurde mit uns bezahlt: die Schönheit, die Klugheit, die Arbeit, das Laster, der Schmerz, das Verbrechen, die Unschuld, die Ehre; alles was es gibt, haben wir bezahlt. Wir sind schmutzig geworden vom vielen Bezahlen. Der Schweiß der Arbeit, der Dreck des Lasters, das Blut des Verbrechers — all das macht ein wenig schmutzig, immer bleibt ein wenig leben. Aber das tut unserer Macht keinen Abbruch. Wir können weiter bezahlen und kaufen. Wir bezahlen die Körper und die Seelen, wir können Menschen und Dinge kaufen. Wir bezahlen die Hand des Arbeiters, die von dem Triebfeder abgerissen wurde. Wir bezahlen das Gewissen des Richters, der ein gefälschtes Urteil fällt. Wir bezahlen den Körper und die Schönheit des Weibes. Wir bezahlen den Dolch des Mörders, den fasschen Schwur, den Tod und das Leben. Es gibt keine Gemein-

heit, kein Laster, keine Erniedrigung und kein Verbrechen, das wir nicht schon bezahlt hätten.“

So spricht das Geld, so spricht jedes Geldstück. Aber wer hört ihm zu? Wer sieht es ihm an? Schnell wandert es weiter von Hand zu Hand und läßt an jeder Hand ein wenig Schmutz zurück, und nimmt von jeder Hand ein wenig Schmutz mit auf den Weg.

Wir geben — ihm unsere Unschuld her — jeden Tag und jede Stunde.

Du, mein Fünfmarschein, du bist die richtige Fahne unserer Zeit, das schwarz-weiß-rote Banner des kapitalistischen Staates: schwarz vom Schmutz, weiß vom Schweiß, rot vom Blut des Verbrechers („Welt am Montag“).

Arbeit.

Was schafft dir deinen Schmerz, Prolet? —

— Daß du nicht ganz, mit Leib und Leben, dem Werk, der Arbeit, hingegeben, die du mit deiner Seele nährst — und daß nichts von dir darin aufersteht: Das schafft dir deinen Schmerz, Prolet!

Daß Brücke, Haus und Barn und Luch dein Blut trant und der Seele Schmerzen, das prangt nun hell im Licht von tausend Kerzen! — Und daß man stolz daran vorübergeht: Das ist dein und der Menschheit Fluch, Prolet!

Und daß die Herrscher uns'rem Welt nach Macht und Gold aus uns'rem Schaffen haschen, triffallisiert aus uns'rem Blut; wir wissen: Haus und Brot sind gut. Doch hat der Lohn, das blanke Geld, noch nicht den Fluch davongewaschen.

So red' dich auf! Sei stark und groß, Prolet! Und schau: in Brücken, Häusern und Maschinen, da freiß dein Blut, der Welt zu dienen. Du hältst in deinen harten Händen das Weltgeschick: dich selbst, zu spenden. — Wenn einst die Welt dich und dein Tun versteht, bist du erlöst. Es kommt dein Tag, Prolet!

Heinrich Berfch.

Auf deinen Beitrag kommt es an, wenn die Gewerkschaft deine Erwartungen voll soll erfüllen

	Preis Nov. 1922	Preis Nov. 1918
1900 Gramm Brot (rationiert)	87,85	46
250 Roggenmehl	85,00	7
250 Graupen	87,50	10
3000 Kartoffeln	46,20	15
1000 Gemüse	25,50	10
125 Margarine	207,50	20
250 Zucker	48,00	11
1 Liter Milch	134,25	23
Zusammen für ein 6-10jähr. Kind	741,80	142
500 Gramm Brot (freier Handel)	148,15	12
250 Weizengrieß	92,50	13
1000 Kartoffeln	15,40	5
2000 Gemüse	51,00	20
250 Büchsenfleisch	280,00	56
125 Speck	266,25	25
125 Margarine	207,50	20
Zusammen für eine Frau	1802,60	293
500 Gramm Reis	200,00	22
250 Speisebohnen	85,00	10
125 Speck	266,25	25
250 Salzheringe	86,00	13
125 Margarine	207,50	20
Zusammen für einen Mann	2647,35	383

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 72 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 728,15 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 351 M. (0,75 M.). Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 2207 M. (2,50 M.), Frau 1471 M. (1,65 M.), Kind 736 M. (0,85 M.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Reinigung, Fahrgele, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 33 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar m. 2 Kind.
Ernährung	2647	4450	5934
Wohnung	72	72	72
Heizung und Beleuchtung	1079	1079	1079
Bekleidung	2207	3678	5149
Sonstiges	1982	3062	4037
November 1922	7987	12341	16271
Oktober 1922	8688	5696	7508
September 1922	2319	3552	4714
August 1922	1393	2203	2958
Juli 1922	829	1298	1763
November 1921	244	378	509
November 1920	153	228	316
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920-1922 vergleiche mein Buch „Verbrauchernote und Saluta“, Berlin 1922.) Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im November 1922 für einen alleinstehenden Mann 1331 M., für ein kinderloses Ehepaar 2057 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6-10 Jahren 2712 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 416 650 M., für das kinderlose Ehepaar 658 800 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 848 800 M. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum November 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 7987 M., d. h. auf das 476,8-fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 12 341 M., d. h. auf das 553,4-fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 16 271 M., d. h. auf das 565,0-fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im November etwa 1/3 Pf. wert.

Infolge der ungeheuren Preissteigerung im Laufe des Berichtsmontats waren die Kosten des Existenzminimums in der zweiten Novemberhälfte besonders hoch: sie waren fast 13mal so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte und etwa 38mal so hoch wie im November 1921. Rationiertes Brot kostete 250mal soviel wie vor neun Jahren, Kartoffeln 300mal soviel, Zucker 450mal soviel, Gas 600mal soviel, Milch 700mal soviel, Britetts 750mal soviel, Weizengrieß 800mal soviel, Bohnen 950mal soviel, Reis 1000mal soviel, Erbsen und Speck 1150mal soviel, Margarine 1200mal soviel, Roggenmehl 1250mal soviel, Brot im freien Handel 1400mal soviel. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar m. 2 Kindern
Ernährung	2923	4904	6546
Wohnung	72	72	72
Heizung und Beleuchtung	1324	1324	1324
Bekleidung	2817	4694	6572
Sonstiges	2354	3628	4789
2. Novemberhälfte 1922	9490	14622	19803
1. Novemberhälfte 1922	6484	10060	13238
2. Oktoberhälfte 1922	4369	6754	8871
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4631	6136

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 495 050 M., für ein kinderloses Ehepaar 762 750 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 1 007 000 M. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Novemberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 568,6-fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 655,7-fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern auf das 670,3-fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Novemberhälfte etwa 1/3 Pf. wert.

Bundesausschußsitzung.

Der Ausschuß des ADGB. hielt seine 3. Sitzung am 27. und 28. November in Berlin ab. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes teilte der Vorsitzende Leipart unter anderem mit, daß aus den deutschen Gewerkschaften bisher 26 Vertreter zum Weltfriedenskongreß im Haag angemeldet worden seien. Das in der vorigen Ausschußsitzung verabschiedete Streikreglement hat auch die Zustimmung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes gefunden. Dieser hat es damit auch zu dem seinigen gemacht. Der Bundesvorstand hatte dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes eine Denkschrift betr. die Verwendung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache des

Internationalen Arbeitsamtes überreicht. Allein weder bei den Verhandlungen im Verwaltungsrat noch in der internationalen Arbeitskonferenz fand sich eine Mehrheit dafür. Allerdings hat der Direktor des Amtes in Aussicht gestellt, daß der Briefwechsel mit Deutschen von jetzt an in deutscher Sprache geführt werden soll. Dies könne jedoch nicht als ein besonderes Entgegenkommen angesehen werden und deshalb auch keineswegs befriedigen. Wir müßten uns um die deutsche Sprache mehr wehren.

Leipart verwies ferner auf die Notwendigkeit, daß die Verbände, die ihre Mitgliedsbeiträge noch nicht auf die durch die Erfahrung als zweckmäßig erwiesene Höhe von einem Stundenlohn in der Woche gebracht haben, dies so schnell wie möglich nachholen. Dazu zwänge die gewaltige Steigerung der Ansprüche an die Kassen der Verbände, nicht zum wenigsten die fortwährend steigenden Preise der Drucksachen. Es seien schon wiederholt Anfragen von Verbänden gekommen, ob der Bund nicht darin Erleichterungen schaffen könne.

Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe treibt eine lebhaftige Agitation gegen das Bestreben des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, eine Erleichterung des Nachtarbeitverbotes dergestalt herbeizuführen, daß den Großbäckereien erlaubt sein soll, zur Herstellung von Großgebäck in drei Schichten von je acht Stunden zu arbeiten, damit die vorhandenen Einrichtungen besser ausgenutzt werden können. Der

An die Beitragscheuen!

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“
So hört man diesen oder jenen sagen.
Wer dieses sagt, bedenkst nicht, was er spricht,
Er will gewinnen, ohne was zu wagen.
Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid,
Der nicht als Gold in seinen Schnappflad gleitet,
Doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit,
Was der Verband ihm mühevoll erarbeitet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“
Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet.
Ist es die Gleich, wenn dein Verband zerbricht?
Ob deinen Schutz das Kapital vernichtet?
Dann kommt die Zeit, wo wiederum wie einst
Die Willkür wird ob deiner Ohnmacht höhnen.
Dann laßt der Büttel, wenn du klagst und weinst,
Dann wird er noch ans Küssen dich gewöhnen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“
kann man mit Männern, die dies Wort betreten,
Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht,
Wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen?
Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht,
Sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen.
Denn gilt es, Freund, im täglichen Gefecht
Das Schwert der Tat mit Opfertun zu wehen!

Bittor Kalinowski

Verband hat auch gegen den Bundesvorstand Stellung genommen, weil dieser das Bestreben des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften unterstützt.

Die Aussprache über den Bericht nahm den ganzen ersten Tag in Anspruch. Man war allgemein der Ansicht, daß in den Gewerkschaften mit größter Sparamkeit gewirtschaftet werden müsse, daß aber namentlich die Gewerkschaftspresse für Schulung der Mitglieder jetzt notwendiger sei als je, so daß den Verbänden nicht zu empfehlen sei, ihre Blätter seltener erscheinen zu lassen. Die Einschränkung der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung und der Betriebsrätezeitung des ADGB. wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt. — Ferner war der Ausschuß einstimmig der Meinung, daß das Internationale Arbeitsamt sich wegen Auskünften nicht an die einzelnen Verbände, sondern an den Bundesvorstand wenden müsse. Ueber die Ablehnung der deutschen Sprache drückte der Ausschuß sein lebhaftes Bedauern aus und stellte die Konsequenzen fest, die sich daraus für die deutschen Gewerkschaften ergeben.

In der Beitragsfrage erinnerte der Ausschuß die Verbände an den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses, wonach ein Stundenlohn als Wochenbeitrag erhoben werden soll.

Der Vertreter des Bäckerverbandes legte in längeren Ausführungen den Standpunkt seines Vorstandes dar, wonach unter allen Umständen im Bäckereigewerbe keine Nachtarbeit verrichtet werden darf. Eine Ausnahme für die Großbetriebe werde bald dazu führen, daß das Nachtarbeitverbot allgemein aufgehoben werde und in den Bäckereien die schrecklichen Zustände wieder eintreten, die früher geherrscht haben. Demgegenüber betonten jedoch sämtliche Redner, die zur Sache sprachen, die Notwendigkeit, daß dem Bestreben der Konsumgenossenschaften zu willfahren sei. Es handle sich nicht darum, daß die Bäckereien dauernd nur nachts arbeiten sollten. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß den Großbetrieben der Dreischichtbetrieb zur besseren Ausnutzung ihrer Produktionsanlagen nicht unmöglich gemacht werden dürfe. Dagegen sei das Bestreben des Bäckerverbandes zu unterstützen, die Wiedereinführung der Nachtarbeit in Kleinbetrieben zu verhindern.

Nachdem der Bundestag Kassierer Kube einen Ueberblick über die Lage der Bundestasse gegeben hatte, bewilligte der Ausschuß nach längerer Aussprache dem Bundesvorstand für das letzte Vierteljahr 1922 noch einen weiteren Beitrag von 3 M. für jedes Mitglied und für das erste Vierteljahr 1923 einen Beitrag von 7 M.

Die Verhandlungen über Produktionssteigerung und Achtstundentag leitete der zweite, Vorsitzende Grafmann durch ein Referat ein, das in großen Zügen die Wirtschaftslage kennzeichnete, die eine Hebung der Produktivität der Arbeit dringend erfordert. Die Unternehmer forderten zu diesem Zwecke eine Verlängerung der Arbeitszeit. Daher die von ihnen mit vereinten Kräften unternommenen fortwährenden Angriffe auf den Achtstundentag. Ein Unternehmervertreter habe kürzlich gesagt, daß es sich darum handele, ob das deutsche Volk durch Arbeit und Sparsamkeit wieder ein freies Volk werden oder um einiger Prinzipien willen untergehen wolle. Man habe erklärt, es sei verhältnismäßig leicht, den einzelnen Arbeiter zu Ueberstunden zu gewinnen, aber schwer, mit den Gewerkschaften zu einer Regelung zu kommen. Ferner rede man von einer von den Gewerkschaften betriebenen Frevellierung der Löhne, die dem fortgeschrittenen Arbeiter die Freude an der Arbeit nehme. Demgegenüber stellte der Redner fest, daß die Gewerkschaften mit der Steigerung der Produktionsmenge und -qualität in Deutschland durchaus einverstanden seien. Das solle aber nicht heißen, daß sie den Achtstundentag preisgeben und daß die Steigerung lediglich auf Kosten der Arbeiter erreicht werden solle. Als schweres Hemmnis der Produktionssteigerung hob Redner u. a. die von den Unternehmern marktellen betriebene Preispolitik hervor, die sich nicht nach der Leistungsfähigkeit der am besten eingerichteten Betriebe richtet, sondern nach den technischen Rückständen. Man müsse schon verlangen, daß auch die Unternehmer ihren redlichen Teil dazu beitragen, die deutsche Wirtschaft leistungsfähiger zu machen. Ferner sei eine Einschränkung der unproduktiven Kräfte zu fordern, die namentlich im Handel beschäftigt werden. Auch die Landwirtschaft müsse sich umstellen. Dadurch würden wir wesentlich unabhängiger vom Ausland als bisher.

In der Aussprache berichtete Umbreit über die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz, wobei es sich namentlich darum handelte, ob die Zulassung von Ausnahmen durch das Gesetz oder durch tarifliche Vereinbarungen mit den Gewerkschaften geregelt werden soll. Der Bundesvorstand befürwortet das letztere. Verschiedene Redner wußten über Beispiele von Produktionssteigerung infolge Verkürzung der Arbeitszeit zu berichten und allgemein war man der Ansicht, daß unter allen Umständen am gesellschaftlichen Achtstundentag festzuhalten sei. Der weitere Verlauf der Aussprache ergab volle Einmütigkeit der Redner auf diesem Gebiete.

Bundesvorsitzender Leipart faßte das Ergebnis der Aussprache zusammen. Die Produktionssteigerung sei notwendig. Die Vorwürfe, daß die Gewerkschaften gegen eine solche seien, seien unbegründet. Die Gewerkschaften könnten aber nicht der Auffassung zustimmen, daß eine Produktionssteigerung nur möglich sei durch Verlängerung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften würden über Ueberstunden mit sich reden lassen, wenn nachgewiesen würde, daß eine vorübergehende Ueberstreckung der Arbeitszeit notwendig ist, wie sie dies schon in der Vergangenheit getan hätten. Alle Tarifverträge bis auf heute enthielten Bestimmungen über Ueberstunden. Die Anordnung von Ueberstunden dürfe aber nicht der Arbeitgeber allein treffen, sondern nur gemeinsam mit den Gewerkschaften. Man müsse ferner im Auge behalten, daß das Gesetz nur vorübergehende Ueberstunden zulasse und daß nur in wirklich zwingenden Fällen der Achtstundentag überschritten werden dürfe. Es erscheine jedoch zweckmäßiger, die Ueberstunden außergesetzlich zu regeln als gesetzlich. Den durch die Syndikats- und Kartellpolitik verursachten Produktionshemmnissen werde der Bundesvorstand auf den Grund gehen. Die Gewerkschaften würden im Kampfe gegen die Befestigung des Achtstundentages nicht erlahmen, ebenso wie sie schon früher in jähem Ringen die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt hätten.

Ferner stand auf der Tagesordnung: „Lohnfragen (Soziallohn, gleitende Lohnskala)“. Leipart leitete die Aussprache darüber durch ein längeres Referat ein, worin er sowohl die gleitende Lohnskala als auch den sogenannten Soziallohn oder Familienlohn aus den schon mehrfach in der Öffentlichkeit erörterten Gründen ablehnte. In der Aussprache vertraten einige Redner eine gegenteilige Auffassung; der Ausschuß schloß sich jedoch der Auffassung Leiparts an.

Konferenz von organisierten in der Textilindustrie beschäftigten Frauen und Mädchen.

(Beripatet.)

Sie fand, vom Gau Dresden einberufen, am 15. Oktober d. J. im Dresdner Volkshaus für den Bezirk Ostschlesien einschließlich Dresden statt. Durch den Gauleiter Kollegen Sachse eröffnet, geleitet von den Kolleginnen Krummshmidt-Dresden und Berger-Meißen als Vorsitzende, den Kolleginnen Neumann-Großschönau und Sommer-Zittau als Schriftführerinnen, beschäftigte sich die Konferenz, gleich den vorangegangenen Konferenzen der Bezirke Chemnitz und Plauen, mit Maßnahmen, um die Kolleginnen, die innerhalb unseres Verbandes über zwei Drittel der gesamten Mitgliederzahl darstellen, zu bewußten Gewerkschaftlerinnen und Staatsbürgerinnen heranzubilden und neue Kräfte für unseren Verwaltungskörper aus den Reihen der Kolleginnen zu gewinnen. Die dem Zweck sollte folgende Tagesordnung dienen:

- a) Die Stellung der Frau im Wirtschaftsleben und im Staat.
- b) Die besondere Stellung der Frau in der Textilindustrie und die Bedeutung der Textilindustrie im Wirtschaftsleben und im Staat. Referentin: Kollegin Hoppe-Berlin.

II. Stellungnahme zur gegenwärtigen Lage. Referentin: Kollegin Fischer-Chemnitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Geschäftsführer der Dresdner Filiale, Kollege Richter, die Konferenz aufs herzlichste mit dem Wunsch, daß sie alle Erwartungen erfüllen möge, die an sie geknüpft worden sind. Kollegin Hoppe schloß sich dem Wunsch des Vorredners an und schilderte dann eingehend die Stellung der Frau im Wirtschaftsleben vom frühesten Zeitalter an bis zur Gegenwart. Die geschichtliche Entwicklung zeigt, sagte sie, daß schon sehr früh mit einer Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau begonnen wurde. Die Frau galt als Hüterin des Feuers, des häuslichen Herdes. Das aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten geschaffene Mutterrecht wurde durch die Einführung des Privateigentums wieder sehr beschränkt. So war das Los der Frau, als die Menschheit noch auf tiefer Kulturstufe stand, Unterdrückung, Entrechtung und Knechtung. Erst mit der Entwicklung zur höheren Kultur trat eine allmähliche Besserstellung der Frau ein. Dies spiegelt sich in den einzelnen Wirtschaftsepochen wieder. Das sogenannte Maschinenzeitalter und mit ihm der Beginn der Industrie brachte eine bedeutende Umwandlung innerhalb der Stellung der Frau im Wirtschaftsleben mit sich. — Bisher nur mit häuslichen Arbeiten betraut, wurde sie gleich dem Manne zum Bedienen der Maschine in den Fabriken usw. bestimmt. Sie stellte somit einen wichtigen Faktor im ganzen Produktionsprozeß dar. Es ergab sich daraus die Notwendigkeit, Gesetze zu schaffen zum Schutze der Frau und Mutter. Die Anfänge der Arbeiterinnenschutzgesetzgebung finden wir in England. Erst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden hier in Deutschland Bestimmungen für den Arbeiterinnenschutz im allgemeinen und den Mutterchutz im besonderen herausgegeben. Diese sind in der Gewerbeordnung, die 1869 vom Norddeutschen Bund verabschiedet wurde, enthalten. — Aufgabe der Frau war es nun, diese Rechte auszunutzen und weiter auszubauen. Hier stellte sich unfer alter Obrigkeitstaat wieder hemmend in den Weg. Nur wenige Frauen nahmen mit Hilfe der Männer den Kampf auf für die Gleichberechtigung der Frau. Durch Zusammenschluß in den gewerkschaftlichen Organisationen war es möglich, Verbesserungen für den Arbeiterinnenschutz zu schaffen. — Während des Krieges war es zum großen Teil das Verdienst der Frau, daß das ganze Wirtschaftsleben aufrechterhalten wurde. — Die Revolution bewirkte eine große Umwandlung in der Stellung der Frau dadurch, daß die Frau die volle Gleichberechtigung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung erhielt. Somit waren die Forderungen erfüllt, um die von den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien jahrzehntelang schon gekämpft wurde. — Für die Frau gilt es nun, um an der Umgestaltung der Gesellschaft wirksam mitarbeiten zu können, sich mehr Einblick in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschaffen, den Staat mit allen seinen Einrichtungen näher kennenzulernen. Sie muß sich die geistigen Fähigkeiten dazu erwerben. Gibt es doch noch sehr viel Arbeiterinnen, die von ihren Rechten nicht den richtigen Gebrauch machen. — Hier muß die Aufklärungsarbeit einsetzen, um bei den Frauen das Bewußtsein zu erwecken, daß sie bei der jetzt hochentwickelten Industrie und fortgeschrittenen Technik einen Faktor von ausschlaggebender Bedeutung darstellen und schon deshalb berufen sind, für Verbesserungen, die zu ihrem Schutze getroffen sind, in jeder Weise einzutreten. — Die Textilindustrie weist wie bisher die stärkste Zahl der beschäftigten Frauen auf und wird daher mit Recht die Industrie der weiblichen Arbeiter genannt. Welche Bedeutung die Textilindustrie in unserem Staat hat, läßt sich daraus erkennen, daß die hergestellten Produkte zum Austausch von Lebensmitteln dienen, zumal ja Deutschland infolge der dichten Bevölkerung genötigt ist, Lebensmittel aus dem Ausland zu beziehen. — Aus den Gewerbebedingungen von 1882, 1895 und 1907 ist ersichtlich, daß die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit in der Textilindustrie eine wesentlich höhere ist, als der gesamte Bevölkerungszuwachs im allgemeinen. Im Arbeitsprozeß der Textilindustrie

war die Frau besonders stark Krankheiten ausgesetzt. Die Tuberkulose forderte viele Opfer aus den Reihen der Textilarbeiterinnen. Hier rächte sich die lange Arbeitszeit, die ja früher überhaupt eine ungeringere war. Es bedurfte erst vieler Kämpfe, ehe dem Arbeiterinnen die allgemeine die Beachtung geschenkt wurde, die er verdient, und da war es in erster Linie unsere Organisation, die hier bahnbrechend wirkte. Der Achtfünftentag, der freie Sonnabendnachmittag sowie die Anstellung von weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten waren Forderungen unseres Verbandes, die von diesem immer und immer wieder erhoben wurden, bis sie zur Durchführung gelangten. — In der gegenwärtigen Zeit erwächst nun für die Frau die Aufgabe, sich mit der Sozialgesetzgebung des näheren vertraut zu machen, um als Betriebsrat, in den Verwaltungen der Betriebskrankenkassen und in anderen Körperschaften die bestehenden Arbeiterinnen-schutzbestimmungen wirksam durchzuführen zu können. — Andernteils zeigen so manche Vorgänge, wie wenig die hygienischen Einrichtungen und so manches andere zum Schutze der Arbeiterinnen Geschaffene von den Arbeiterinnen selbst beachtet werden. Auf allen Gebieten ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten, es ist Pflicht der Kolleginnen, selbst mehr Interesse an den Tag zu legen; gilt es doch auf Grund unserer Rechte weitere Aufgaben zu erfüllen. — Daß die politische wie die gewerkschaftliche Schulung der Frau bisher eine sehr rückständige war, zeigt sich darin, daß wir nur wenige Vertreterinnen in unseren kommunalen und städtischen Körperschaften sowie in den Parlamenten haben. Die Aufgabe unseres Verbandes wird es nun sein, möglichst viel weibliche Kräfte heranzubilden und die Arbeit auf viele Schultern zu legen. — Um die gewerkschaftliche Schulung der Kolleginnen systematisch zu betreiben, empfiehlt Kollegin Hoppe die Bildung von Arbeiterinnenkommissionen in den einzelnen Filialen und Geschäftsstellen unseres Verbandes. Die Geschäftsführer müssen die Leitung derselben übernehmen und die Kolleginnen dann mit bestimmten Aufgaben betrauen. Es soll weiter eine Kommission von neun Kolleginnen gebildet werden, die sich aus je drei Vertreterinnen der Bezirke Plauen, Chemnitz und Dresden zusammensetzt und mit dem Gau in enger Verbindung stehen soll. Im Gau soll ein besonderes Ressort für Arbeiterinnenfragen eingerichtet werden. Es ist unbedingt notwendig, einen Stamm von Kolleginnen zu schaffen, die eine ernste Lebensauffassung haben, sich im öffentlichen Leben betätigen für die Allgemeinheit. — Kollegin Hoppe schloß ihr Referat mit dem Appell an alle Kolleginnen, sich infolge ihrer Unenübersichtlichkeit im gesamten Wirtschaftsleben und innerhalb unserer Organisation durch emsige Mitarbeit nutzbar zu machen, um die kulturelle Bedeutung unseres Verbandes zu heben.

In den Vortrag schloß sich eine angeregte Diskussion an. Einige Kolleginnen begrüßten das Vorhaben des Zentralvorstandes, sich der Schulung der Kolleginnen besonders anzunehmen. Es wurde Material gefordert, unter anderem für die weiblichen Funktionäre die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“. Zum Ausdruck kam, daß die Frauen sich viel mehr durchsetzen, sich mehr in die einzelnen Funktionen einleben müßten, um ihre ureigensten Interessen wirksam vertreten zu können. Weiter wurde berichtet, daß in Dresden schon Arbeiterinnenkommissionen seit einem Jahr bestehen, die sich mit den von Kollegin Hoppe angeführten Aufgaben befassen haben. — Es wurde auch empfohlen, den Jugendlichen besondere Beachtung zu schenken, um sie von der geistigen Not zu befreien. Im übrigen sprach man sich zustimmend zu dem Referat aus.

Kollege Jäckel vom Zentralvorstand äußerte sich über den Wunsch, den weiblichen Verbandsfunktionären die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ zuzustellen und ging dann näher auf die Bedeutung der Mitarbeit der Frauen innerhalb unserer Organisation ein. Es ist, sagte er, eine Notwendigkeit für die Kolleginnen, sich intensiver an der Verbandsarbeit zu beteiligen, soll die Gewerkschaft im allgemeinen nicht darunter leiden. Der Frau fehlt eben noch der energische Wille, sich durchzusetzen. Wenn sie sich beklagt, von manchen Kollegen nicht genügend beachtet zu werden, so ist es nicht Konkurrenzneid, sondern das mangelnde Verständnis der betreffenden Kollegen für die Frauenfragen im allgemeinen.

Das Empfinden rein weiblicher Natur geht dem Manne ab, und so ergibt sich für die Frau die Aufgabe von selbst, für ihre ureigensten Interessen selbst einzutreten. — Die vierjährige Entwicklung der neuen Staatsform zeigt, daß wir jetzt erst mit dem Kampf beginnen, und so muß die Frau gleich dem Manne von dem Bestreben erfüllt sein, den privatkapitalistischen Staat in einen sozialistischen Staat umzuwandeln und an der geistigen Emporhebung unserer Organisation mitzuwirken.

In die Neumertkommission wurden die Kolleginnen Borggolds-Leipzig, Klement-Zittau und Krummschmidt-Dresden einstimmig gewählt.

Kollegin Hoppe verwies sodann in ihrem Schlußwort noch auf den „Textilarbeiter“, der soviel reichliches Material für die Kolleginnen enthält.

Nach kurzer Mittagspause nahm Kollegin Fischer-Chemnitz das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung. Sie schildert so recht deutlich die gegenwärtige Teuerung, die ihre Ursachen hauptsächlich in dem Sinken der Mark hat. Es besteht die Tatsache, daß die Arbeiter im allgemeinen sich nicht mehr das Nötigste zu ihrem Lebensunterhalt von ihrem Verdienst kaufen können, während gewisse Kreise ein üppiges Leben führen. Es müssen daher Maßnahmen ergriffen werden, die die Arbeiterfreiheit einschränken, um der Bevölkerung die notwendigsten Lebensmittel sicherzustellen. Die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eingereichten Forderungen zur Behebung der Teuerung müssen von der Reichsregierung erfüllt werden. Es müssen vor allem eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sowie für die Sozial- und Kleinrentner Verbesserungen eintreten, die einem jeden ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. — Am Schluß ihrer sachlichen Ausführungen empfiehlt Kollegin Fischer folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Delegiertenkonferenz der organisierten Frauen und Mädchen der Textilindustrie des ostfälischen Bezirkes brandmarkt das wucherische Treiben des Großunternehmerismus und des Großhandels als eine infame, allen nationalen Interessen Deutschlands widerstrebende Ausnutzung der schweren Notlage unseres Vaterlandes und ebenso als infame Ausbeutung der breiten Volksmassen. — Die Konferenz fordert von der Reichsregierung gegen solches Verhalten sofortige Maßnahmen im Sinne der vom ADGB erhobenen Forderungen und bedauert, daß den vielen Worten bisher nur wenig und durchaus unzureichende Taten gefolgt sind. Die Frauen und Mädchen protestieren energisch gegen die Bestrebungen, den Preis für Brot- und Getreide zu erhöhen. Sie erwarten von der Reichsregierung energische Zurückweisung solcher Bestrebungen.“

Diese Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Nach der Entgegennahme des Berichts der Mandatsprüfungskommission, wonach 47 Delegierten anwesend waren, schloß die Vorsitzende mit einigen anfeuernden Worten die Konferenz um 4 Uhr nachmittags. Elsa Krummschmidt-Dresden.

Weltfriedenskongreß.

Vom 10. bis 15. Dezember 1922 fand in Haag in Holland ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufener Weltfriedenskongreß statt, auf welchem nachstehende Punkte behandelt wurden: „Die Notwendigkeit der Konzentrierung aller für den Frieden arbeitenden Kräfte auf ein gemeinsames Ziel auf der Basis der Resolution des Rom-Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes.“ Berichterstatter: L. Jouhaux, Paris, Sekretär des Französischen Gewerkschaftsbundes, Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

„Krieg dem Kriege! — Die Aufgabe der organisierten Arbeiter in der Bewegung für den Weltfrieden.“ Berichterstatter: Edo Fimmen, Amsterdam, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

„Was haben die Regierungen und die verschiedenen politischen Parteien für die Sicherung des Friedens getan und was können sie in Zukunft tun?“ Berichterstatter: Arthur Henderson, London, Sekretär der Britischen Arbeiterpartei.

„Die Förderung des Friedensideals unter der heranwachsenden Generation auf dem Wege der Erziehung.“ Berichterstatter: Prof. Buisson, Paris.

„Die pazifistischen Organisationen und ihre Aufgabe in der Weltbewegung gegen den Krieg.“ Berichterstatter: Prof. Dr. L. Duibde, München, Vorsitzender des Deutschen Friedenskartells. Wir werden über den Verlauf des Kongresses noch weiter berichten.

Aus den Gewerkschaften.

Mitgliederzunahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die seit Mitte vorigen Jahres erneut eingetretene Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat vom 2. auf das 3. Quartal d. J. weitere, recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Die jüngste, in der Nr. 47 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlichte Zusammenstellung der Mitgliederzahlen der Zentralverbände ergibt für Ende September einen Gesamtbestand von 8 135 620 Mitgliedern. Gegen den Schluß des Vorjahres ist nach dem vorliegenden Ergebnis bisher eine Steigerung der Gesamtmitgliedszahl um 383 663 zu verzeichnen. An diesem Gewinn sind 33 Verbände beteiligt. Den numerisch und prozentual stärksten Zuwachs erreichte der Bauarbeiterverband mit 106 859 Mitgliedern. Von den größeren Verbänden hatten dann weiter Zunahmen an Mitgliedern: die Textilarbeiter 79 358, die Fabrikarbeiter 60 714, die Metallarbeiter 53 424 und die Holzarbeiter 47 595.

Der Verband der Zimmerer steigerte seine Mitgliederzahl von 93 492 auf 109 378 und trat damit in den Kreis der über hunderttausend Mitglieder zählenden Verbände neu ein, der nunmehr 14 Verbände umfaßt. Der Verband der Buchbinder steht mit 99 006 Mitgliedern hart an der Grenze dieses Kreises. Allerdings handelt es sich bei der jüngsten Erhebung nur um ein vorläufiges Ergebnis, das bei der späteren Jahresstatistik im einzelnen noch Veränderungen erfahren kann; die Gesamtzahl dürfte jedoch davon wenig berührt werden.

Beachtenswert ist, daß mit der Mitgliederzahl Ende September der bisherige Höchststand an Mitgliedern am Schluß des 2. Quartals 1920 mit 8 144 981 fast wieder erreicht ist, obgleich inzwischen der Angestelltenverband, der in den Höchststand mit 402 748 Mitgliedern einbezogen ist, aus dem ADGB ausschied.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug Ende September 1 753 576, sie stieg gegen den Schluß des Vorjahres um 60 410.

Aus der Textilindustrie.

Der Internationale Baumwollkongreß in Rio de Janeiro vom 15. bis 24. Oktober wurde durch einen Vortrag des englischen Botschafters in Rio, Sir John Lilen, über „Die Bedeutung Brasiliens auf dem Baumwollmarkt“ eröffnet. Nach einer Meldung der „S. u. S.-Z.“ waren die hervorragendsten Teilnehmer an dieser Konferenz Arnold Pearse, Sekretär des Baumwollverbandes in Manchester, Friedrich Holroyd (England), Oskar Mars (Deutschland) und Professor Viktor Cayla (Frankreich). Die Verhandlungen ergaben, daß die brasilianische Baumwollproduktion in immer steigendem Maße die Weltproduktion beeinflusst. Folgende Statistik gibt ein anschauliches Bild über die Steigerung der Anbaufläche und des Ernteertrages:

Erntejahr:	Anbaufläche: (Hektar)	Ernte: (Zentner)
1915—16	203 966	611 900
1916—17	202 775	608 327
1917—18	294 051	747 154
1918—19	244 820	734 461
1919—20	277 356	832 071
1920—21	325 947	977 842
1921—22	574 600	1 326 000

Die Anbaufläche ist nach Pearse größer als die in den Vereinigten Staaten von Amerika; sie erstreckt sich von Maranhao bis Bahia an der Küste entlang in einer mittleren Breite von 240 Kilometern. Im nördlichen Brasilien erfolgt die Aussaat im Dezember—Januar für beste Qualität und im Februar—April für mittlere Qualität. Im südlichen Brasilien erfolgt die Aussaat meist im September—November. Im Norden wird im August bis Dezember, im Süden im März bis Mai geerntet. Die beste Ware, die Serido oder Moco kommt aus Parahyba und von Rio Grande do Norte. Die Konferenz befaßte sich u. a. auch des Längeren mit der Schädlingsbekämpfung, die seit einigen Jahren erfreuliche Fortschritte macht. Die Baumwollausfuhr Brasiliens belief sich vor dem Kriege auf 374 236 Zentner jährlich, ging während des Krieges gänzlich zurück und stieg im vergangenen Jahre wieder auf fast 200 000 Zentner. Das Durchschnittsertragnis eines Hektars blieb seit Jahren mit rund 3 Zentnern fast unverändert. Der internationale Kongreß hat sich u. a. auch noch damit befaßt, die verschiedenen Baumwollarten zu klassifizieren und für den internationalen Handel festzulegen. Der nächste Baumwollkongreß soll in Rom stattfinden.

Neue Aktiengesellschaften.

Mit einem Grundkapital von 110 Millionen Mark (100 Millionen Mark Stammaktien und 10 Millionen Mark Vorzugsaktien) wurde die Textilmühle Akt.-Ges. in Berlin gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwertung von Textilmerten und Finanzierung von Textilunternehmungen. Den ersten Aufsichtsrat bilden Dr. v. Rieben, Generaldirektor Janson (Gruschwitz Textilmühle Akt.-Ges., Neufahr/Oder), Dr. Karl Beheim-Schwarzbach (Darmstädter und Nationalbank), Bankdirektor Karl Michalowsky (Deutsche Bank), Eberhard v. Kessel, Zeisdorf, Direktor Paul Henke, Grünberg, und Justizrat Dr. Weidinger (Berlin).

In Chemnitz wurde die Globus-Aktiengesellschaft für Textilindustrie mit einem Stammkapital von 5 000 000 Mark gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung feiner Strümpfe und Trikotstoffe.

Die Württembergische Zwirnerei- und Nähfadefabrik J. Levi u. Co. ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Das Kapital beträgt 4 Millionen Mark Stammaktien und 1 Million Mark Vorzugsaktien mit fünfjährigem Stimmrecht. Die Gesellschaft ist eine reine Familiengründung.

Berichte aus Fachkreisen.

Calw. (Doppelte Moral.) Ueber ein Geschichtchen, das den Unorganisierten charakterisiert, entrüstet sich im „Calwer Tagblatt“ ein braver Unternehmersöldling. Er spricht von gewerkschaftlichem Terror. Bei dieser Gelegenheit versucht man wieder einmal durch persönliche Heße gegen die Verbandsangestellten die freien Gewerkschaften bei der Arbeiterchaft zu diskreditieren. Die alte abgedroschene Unternehmerbehauptung, daß die Funktionäre mit den Arbeitergroßen ein flottes und ver-

gnühtes Leben führen, wird zum soundsovielten Male wieder aufgewärmt. Jedenfalls schließt der Einsender von sich auf andere. Zum Glück ist die Calwer Arbeiterchaft aufgeklärt genug, so daß sie die Absichten des Einsenders, der leicht zu erraten ist, durchschaut. Der Versuch, dem verhassten „Verband“ und den ebenso verhassten Verbandsangestellten eins auszuwichsen, ist aber bei der Calwer Arbeiterchaft kläglich mißlungen. Das Eingekandt hat bei den unorganisierten Arbeitern nur gemischte Gefühle und bei den organisierten Arbeitern einen Heiterkeitserfolg hervorgerufen. Die aus der Einsendung hervorgehende Tatsache, daß die paar Unorganisierten sich der besondern Liebe dieses Herrn Einsenders erfreuen, wird die organisierten Arbeiter veranlassen, diese „braven“ Mitkollegen mit noch größerem Mißtrauen als bisher zu betrachten. Die organisierten Calwer Arbeiter lehnen die Belehrungen eines Unternehmersöldlings höchst dankend ab, denn sie wissen ganz genau, wo ihre Interessen am wirksamsten vertreten werden. Wenn schon der Einsender sich so gerne moralisch entrüstet, wo bleibt da seine Entrüstung über den Terror der Arbeitgeberverbände? Oder hält der Einsender den Gebrauch von schwarzen Listen oder die willkürliche Einschränkung der Produktion durch Arbeitszeitverkürzung zwecks Befreiung der verhassten Ausfuhrabgabe und der Devisenverordnung nebst anderen Dingen für gerechtfertigt? Der Einsender hätte hier ein weites Feld zur Betätigung seiner Entrüstung.

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ erhält u. a. die vor kurzem erschienene Nr. 8: Die Parlamentswahlen in England und ihre Bedeutung für die englische Politik. Von Cunow. Frankreichs Zoll- und Außenhandelspolitik nach dem Kriege. Von Grotkopp. Republik und Kreisblattpresse. Von Dr. Hamburger. Hardenberg und die Französische Revolution. Von Gerth.

Winterfreud!

(Siehe Nr. 48: Winterleid.)

Ich hoffte erst nur auf April,
Mit seinem Sonnenschein,
Doch stell' schon jetzt — nach Vorstandswill' —
Ich meine Klagen ein:
Bevor noch im April die Sonn'
Sich übers Dach erhebt,
Nun doch schon Wärme, Luft und Sonn'
In meiner Klause schwebt.
Zwar bleibt noch lau das Heizungsrohr
Und steigt um keinen Grad;
Die Luft ist wärmer als zuvor
Durch einen Apparat,
Der von dem Lichtstrom Kraft sich borgt
Und sich an ihm volltränkt,
Ergeben meinem Wink gehorcht
Und Wärme gern verschonkt.
(Auf uns're Kosten leider nur —
Denn wir bezahl'n die Spende —
Zeigt er sich auf so großer Spur,
Doch: — ich hab' warme Hände.)
So spendet er mir warmen Hauch,
Der liebe Kamerad,
Bis daß ich ihn dann nicht mehr brauch':
Bei (Celsius) achtzehn Grad.
Mehr brauch't's nicht, um zu finden was
Man heute preist als Glück;
Man muß auch das mit weisem Maß
Genießen und Geschick. . . .

Dem Vorstand sei gedankt zum Schluß
Für seine kluge Wahl!
Befreit bin ich nun vom Verdruß,
Glaub' ich, für allemal,
Wenn etwa nicht der Strom ausgeht
Und mir noch eine Nase dreht. . . .
Ich würde auch verlacht, als Schaute,
Wenn man den Apparat mir klaut. . . .
Drum bete ich, daß kein's von beiden
Erneure je mein altes Leiden. B.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 17. Dezember, ist der 50. Wochenbeitrag fällig.

Laut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Die Geschäftsführerstelle in Oppeln ist besetzt; gewählt ist Alois Müde, Oppeln. Allen Bewerbern besten Dank. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Hannover. Elze i. S. (Neu). V und K: Karl Kossak, Böttcherstr. 4.

Gau Varmen. Haan i. Rhld. K: K. Hutmacher, Geschäftsführer, Bahnhofsstr. 60. Briefe an den Geschäftsführer, R. Böcker, Bahnhofstraße 60.

Gau Augsburg. Memmingen. V: M. Huber, Uimerstr. 19. Münchenberg. K: Nikol Reuther, Geschäftsführer, Schulgasse 2. Briefe an den Geschäftsführer A. Goller, Schulgasse 2.

Rehau i. Ob.-Fr. (Neu). V: Albrecht Bentler, Sofienstr. 197a. K: Georg Meyer, Sattelberg 516. Zuschriften an den Kassierer.

Gau Ciegau. Oppeln. K. und Geschäftsführer Alois Müde, Flurstr. 5. Tel. Nr. 396.

Gau Berlin. Forst. K: M. Sommer, Geschäftsführer, Berliner Str. 7. Briefe an den Geschäftsführer Eduard Göring, Berliner Str. 7.

Jaßrow. V: Karl Büßte, Wurfstr. 24. Alle Sendungen an

den Kassierer A. Krüger, Grünestraße 26.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen. Hainichen. Sonnabend, 23. Dez. Berlin. Stickerbranche. Freitag, 29. Dez., abends 5 1/2 Uhr, bei Gursch, Wallstr. 32: Obleute und Funktionäre.

Totenliste.

Gesfordene Mitglieder. Weihenburg. Marie Weidlein. Auerbach i. Erzg. Meta Arnold; Louis Thierfelder.

Bad Lausigk. Moritz Eidner. Bunzlau. Agnes Burghardt. Bremen. Katharina Giza.

Chemnitz. Marie Gertrud Beyer; Helene Fischer; Luise Meyer; Anna Renk; Marie Anna Vierstel; Richard Hartwig.

Düsseldorf. Frau Zellner; Christian Klann.

Ebingen. Alfons Rebstod. Großenhain. Bernhard Kirßen.

Guben. Hedwig Brühlke; Marie Reithe; Pauline Karge. Neumünster. August Witsche.

Rheine. Bernhard Beckemejer. Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 15. Dezember

Berlag: Karl Gießel in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreßel in Berlin. für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!